

Offener Brief des AK Bildungsperspektiven

An das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst und
das Präsidium der Justus-Liebig-Universität Gießen

"Exzellenz in der Lehre"

Dieses Jahr vergibt das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) zum ersten Mal zusätzliche finanzielle Mittel an "Einzelpersonen, Arbeitsgruppen oder Organisationseinheiten", die hervorragende Lehrleistungen an den Hochschulen erbringen. Die Fördersumme, die in Form eines Wettbewerbs zur Verfügung gestellt wird, beträgt jährlich 250 Tsd. Euro. Hiervon sollen maximal 50, mindestens jedoch 10 Tsd. Euro an DozentInnen bzw. Einrichtungen mit "herausragenden und innovativen Leistungen in Lehre, Prüfung und Beratung" gehen. Belohnt werden beispielsweise die Entwicklung besonderer Lernformen oder Prüfungsmethoden, kompetente Studienberatung, die Steigerung des Lernerfolgs sowie die Berücksichtigung von Gender- und Hochbegabtenaspekten. Die Vorschlagsfrist für die KandidatInnen läuft an der JLU Gießen am 5. April 2007 ab.

Stellungnahme

Der Arbeitskreis Bildungsperspektiven begrüßt die Absicht der hessischen Landesregierung, die Lehre an den Hochschulen zu verbessern. Allerdings ist die Initiative sowohl in inhaltlicher als auch in formaler Hinsicht zu kritisieren.

Grundüberlegungen

An erster Stelle lehnen wir den ihr zugrundeliegenden neoliberalen Wettbewerbsgedanken ab, da die hochschulpolitische Problemlage keine punktuelle Einzel-, sondern eine umfassende Breitenförderung erfordert. So unterstützt die vorliegende Maßnahme nur wenige DozentInnen, die mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden, anstatt möglichst vielen die Optimierung ihrer Lehre zu gestatten. Ohne das eklatante Qualitätsgefälle zwischen den Lehrstühlen einzuebnen, sorgt der Preis des Wissenschaftsministeriums eher dafür, daß sich die bestehende Schieflage noch weiter verschärft. Folglich wird das Gros der Studierenden keine substantiellen Verbesserungen erfahren – nicht zuletzt, weil überhaupt nur ein Bruchteil von ihnen an den Vorlesungen und Seminaren ausgezeichneter Personen, Arbeitsgemeinschaften oder Organisationseinheiten teilnehmen kann. Obendrein ist mittel- bzw. langfristig eine Reduzierung der Fächervielfalt zu befürchten, zumal nicht alle Disziplinen in gleichem Maße berücksichtigt werden. Hierbei könnten vor allem die sogenannten 'Orchideenfächer' sowie die kritischen Wissenschaften das Nachsehen haben.

Trennung von Forschung und Lehre

Weitaus gravierender ist jedoch, daß dieser Vorstoß die Einheit von Forschung und Lehre erneut unterläuft. War bereits die Exzellenzinitiative der Bund-Länder-Kommission (BLK) ausschließlich auf Forschungsförderung ausgerichtet, so setzt die Kampagne des HMWK den Schwerpunkt nun

einseitig auf die Lehre. Man kann den Eindruck gewinnen, als sei der Regierung Koch nach dem verhältnismäßig schlechten Abschneiden der hessischen Hochschulen bei der BLK-Initiative in erster Linie an ihrem Image gelegen.

Unabhängigkeit der Lehre in Gefahr

Ferner wird die Drittmittelinwerbung als ein zentrales Auszeichnungskriterium hervorgehoben. Da hiermit nicht nur Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gemeint sind, sondern auch Gelder aus der Privatwirtschaft, gerät die Unabhängigkeit des akademischen Betriebs in Gefahr. Wenn z.B. medizinische Veranstaltungen von einzelnen Pharmakonzernen gesponsort werden, ist nicht auszuschließen, dass Studierende im späteren Arztberuf – womöglich unbewußt – die Produkte dieser Unternehmen bevorzugen.

Fragwürdigkeit des dahinterstehenden Menschenbildes

In Vorbereitung auf die Erwerbsarbeit setzt die Exzellenzinitiative des Landes außerdem auf eine bestimmte Form der Lehre: "[Sie] hat einen Praxisbezug und setzt die Studierenden in Stand, sich in ihrer zukünftigen Tätigkeit selbständig und selbstkritisch zu behaupten." Was auf den ersten Blick wie die Förderung persönlicher Stärken erscheint, stellt sich bei näherer Betrachtung als fragwürdig heraus. Anstatt Reflexionsfähigkeit zu vermitteln, die sich nicht allein auf das Individuum bezieht, sondern ebenfalls Struktur- und Gesellschaftskritik beinhaltet, werden derartige Vorgaben emanzipatorischen Idealen nicht gerecht. Zwar ist Selbstkritik grundsätzlich positiv zu bewerten, doch vermag sie ohne einen kritischen Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse keinen Beitrag zur Mündigkeit des Einzelnen zu leisten. Darüber hinaus entlarvt das Kriterium, "sich [...] selbständig und selbstkritisch zu behaupten", die Grundintention der ganzen Initiative: Nicht die Entwicklung des Individuums um seiner selbst willen ist gefordert.

Vielmehr soll sie nur in dem Maße stattfinden, wie sie die Menschen auf den Wettbewerb vorbereitet.

Kritik am Verfahren

Neben inhaltlichen Bedenken sind allerdings auch formale Mängel zu nennen, zu denen vor allem das Vorschlags- und Auswahlverfahren gehört. An der JLU Gießen dürfen die Studierenden KandidatInnen vorschlagen, die universitätsintern bestimmt werden. Es erfolgt eine Anhörung der Fachschaftenkonferenz, deren Meinung in der "Senatskommission für Modularisierung und gestufte Studiengänge" zu berücksichtigen ist. Daraufhin beschließt einzig das Präsidium die Reihung der Vorschläge. Hiermit sind die Studierenden weder auf Hochschulebene noch im maßgeblichen Gremium – der HMWK-Jury, die den Preis vergibt – am wirklichen Entscheidungsprozeß beteiligt, obwohl sie eigentlich die primären Ansprechpartner sein müßten. Immerhin können sie am besten beurteilen, ob bestimmte Veranstaltungen nutzbringend sind und was zu ihrer Optimierung nötig wäre.

Alternative Forderungen

Würde das Ministerium die Verbesserung der Studienbedingungen ernsthaft anstreben, nähme es die echten Mißstände in Angriff, etwa das Betreuungsverhältnis oder die Ausstattung der Bibliotheken – und zwar an allen Hochschulen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Hochschulfinanzierung wurde in den letzten Jahrzehnten drastisch zurückgefahren (vgl. Dieter Eißel: "Öffentliche Armut, privater Reichtum und der Stellenwert der Bildung in Deutschland", in: Neumann-Schönwetter [u.a.]: *Anpassen und Untergehen*. Marburg: BdWi, 1999). Außerdem müssen Studierende stärker in die Lehre einbezogen werden und über Veranstaltungsinhalte mitbestimmen dürfen, denn nur auf diese Weise können aus ihnen eigenständige, selbst- wie auch gesellschaftskritische Absolventen werden. Das setzt allerdings eine

tiefgreifende Demokratisierung der Hochschulen voraus, die auf die Einführung der Viertelparität abzielt und eine Kompetenzverlagerung vom Präsidium zu den Gremien mit sich bringt. Weiterhin gilt es, die Einheit von Forschung und Lehre zu erhalten, weshalb das Prinzip des forschenden Lernens weiterentwickelt werden muß. Im Hinblick auf hochschuldidaktische Fähigkeiten wäre schließlich auch ein Dozentenkolleg auf freiwilliger Beteiligungsbasis vorstellbar.

Aus diesem Grund appelliert der Arbeitskreis Bildungsperspektiven an die hessische Landesregierung, den Preis für exzellente Lehre zurückzuziehen und die oben genannten Forderungen in Zusammenarbeit mit den Hochschulen umzusetzen.

Der Arbeitskreis Bildungsperspektiven hat sich einer kritischen Auseinandersetzung mit der neoliberalen Umgestaltung der Hochschullandschaft gewidmet. Dabei haben wir nicht nur Forderungen zur Demokratisierung der Universitäten (siehe Frankfurter Rundschau vom 21.12.2006) aufgestellt, sondern auch eine weitreichende Elitekritik im Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative des BMBF formuliert.

siehe: <http://www.akbp.de.vu>

"Für eine Demokratisierung der Universitäten" (FR, 21.12.2006):

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/dokumentation/?sid=2961c017e2fba059838f7d134e86e474&em_cnt=1036158&em_cnt_page=1